

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Krahb, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Litkebyl.

Zeitungspreis einschließlich Frangierlohn in der 1. Woche vom 20. Dezember bis 4. Januar 30 Goldpfennige, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 20 Goldpfennige, Einzelnummer 15 Goldpfennige. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Kopierzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 302

Dresden, Montag den 31. Dezember 1923

34. Jahrg.

Wahljahr 1924

Wähler und Wählerinnen! Sozialdemokraten!

Entscheidungsstörer nicht das Jahr! Wenige Monate, vielleicht nur einige Wochen, und in den Reichstagswahlen werdet ihr über die Politik der Zukunft zu bestimmen haben. Früher noch werden in mehreren Einzelstaaten die Wahlen über den sozialdemokratischen Einfluss auf Verwaltung und Politik der Länder entscheiden. Zurückdrängung der Sozialdemokratie, Ausschaltung ihres Einflusses ist die Parole der Reaktion. In Thüringen haben sich alle bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen, um die Wiederkehr einer sozialistischen Regierung zu hindern. In Sachsen verfolgen sie dasselbe Ziel, in beiden Ländern unterstützt durch die Spaltungsarbeit und Katastrophentaktik der Kommunisten. Von den Reichstagswahlen aber erhofft die Reaktion die Störung ihres Werkes.

Um Großes geht der Kampf!

Im alten System stand eine starke Regierungsgewalt dem ohnmächtigen Parlament gegenüber. In der Republik bestimmt der Reichstag, bestimmen die Landtage die Zusammenziehung der Regierungen. Die Wahlen entscheiden unmittelbar die Politik, das Volk regiert sich selbst, von seiner Ansicht, von seinem politischen Bewusstsein hängt sein Schicksal ab.

Furchtbar hart und grausam lassen die Zeiten auf euch, Arbeiter, Angestellte und Beamte! Je schwerer aber der ökonomische Druck, desto wichtiger wird euer politischer Widerstand!

Der Krieg und die Friedensschlüsse, die den Krieg mit andern Mitteln fortgeführt haben, haben mit riesiger Zerstörung von Produktionskräften, mit der Vernichtung der Konsumfähigkeit Mittel- und Osteuropas, mit ungeheuren Vermögensübertragungen und der Zerrüttung der Weltwirtschaft gehandelt. Das Reich durch Krisen erlebte Gleichgewicht der kapitalistischen Produktion ist in schwere, langdauernde Unordnung geraten. In bisher unvorstellbarer

Die Produktion brachgelegt

und Arbeitskräfte freigesetzt, zur selben Zeit, da die Wiederherstellung der Kriegswirtschaften die höchste Anspannung der Produktion erfordert hätte.

Für Deutschland bedeutete die Okkupation der Ruhr die Zerschneidung seines Wirtschaftsgebietes, die Abtrennung von dem wichtigsten Rohstoff- und Industriegebiet, die Stilllegung seines wichtigsten und ertragreichsten Eisenbahnnetzes. Eine furchtbare Krise mußte die Folge der französischen Annexionspolitik sein. So lange der passive Widerstand dauerte, trug das Reich die Kosten. Viel zu lange fehlte die bürgerliche Regierung Cuno trotz den Warnungen der Sozialdemokratie den Widerstand fort. Sie verschüttete die anfangs vorhandene Möglichkeit, zu außerparlamentarischen Verhandlungen zu gelangen.

Sie unterließ jede energische Finanzpolitik.

Auf euch, Arbeiter, Angestellte und Beamte, wurden durch die verheerende Inflation die Kosten abgewälzt, auf euch, die ihr im besetzten Gebiet die Hauptträger des Widerstandes gewesen seid!

Der Verlust einer halben Milliarde Reichsbankgeld, das Anwachsen der schwelenden Schuld auf 192 Trillionen Papiermark, die Massenverelendung infolge der Währungszerstörung, das ist die Bilanz der bürgerlichen, von den Deutschnationalen unterstützten Regierung Cuno!

Die Politik des passiven Widerstandes wurde liquidiert werden. Die bürgerlichen Mittelparteien erklärten sich dazu aufstehende, sie forderten die Mitwirkung der Sozialdemokratie. Um dem politischen und wirtschaftlichen Elend Einhalt zu tun, um eine energische Finanzpolitik durchzuführen, entschloß sich die Sozialdemokratie, die Mitverantwortung zu übernehmen.

Der passive Widerstand wurde beendet, eineährungs- und Finanzreform in Angriff genommen. Aber der Starrsinn des französischen Ministerpräsidenten verhinderte jede Verhandlung über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet. Er steigerte das wirtschaftliche Chaos und die politische Erregung. Mit furchtbarem Wucht brach die Krise über die arbeitenden Massen herein. Zwei Millionen Arbeiter wurden im besetzten Gebiet arbeitslos, gegen 1 1/2 Millionen im unbesetzten, zu denen die gleiche Zahl von Kurzarbeitern kam. 68 Prozent seiner Mitglieder zählte der Metallarbeiterverband, 60 Prozent der Textilarbeiter, und gar 75 Prozent der Schuharbeiterverband als Kurzarbeiter. Von den 15 Millionen erwerbstätiger Arbeiter und Angestellten mußte etwa ein Drittel Unterstützung in Anspruch nehmen. Infolgedessen reduzierte die Geldentwertung Löhne und Unterstützung auf Höhe, nicht hinreichend, um mit dem Wochenslohn ein Pfund Roggarne zu kaufen.

Es ist diese schwere Krise und nicht die eine oder die andere taktische Maßnahme, die die politischen Ereignisse der letzten Zeit

erklärte. Die ökonomische Widerstandskraft der Arbeiterklasse und schwäche damit ihren politischen Einfluß. Denn der parlamentarische Einfluß ist nur die Widerspiegelung der realen sozialen Machtverhältnisse der Massen außerhalb des Parlaments. Die Krise aber bedeutet eine momentane Machtveränderung zugunsten der Arbeiterklasse.

Mit großer Wucht gingen jetzt die großkapitalistischen und großagraren Kreise zum Angriff über. Eben noch hatte alles die Opferfähigkeit und die Eingabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegrieffen, die die Stützen des Abwehrkampfes gewesen, an deren Reichstreu alle Forderungen abgeprallt waren. Jetzt sollten

sie die Opfer jener Cuno-Politik werden, deren Hauptträger Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gewesen waren. Schwerindustrie und Agrarierum gingen jetzt aufs Ganze:

Abbau der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Verringerung der Demobilisationsvorschriften, äußerste Einschränkung jeder Sozialpolitik, Befestigung der sozialdemokratischen Minister, gewaltsame Niederhaltung der Arbeitermassen, Preisgabe von Rhein und Ruhr, Verringerung des Parlamentes und Diktatur — das waren die Parolen!

Die Deutsche Volkspartei, unterstützt von den Deutschnationalen und einem Teil des Zentrums, war das politische Werkzeug des kapitalistisch-agrarischen Vorstoßes. Er erschütterte zuerst und sprengte schließlich die Koalitionsregierung Stresemann. Nicht an der Volkspartei, sondern nur an den maßlosen Forderungen der Deutschnationalen hat es gelegen, daß diese Feinde der Republik und der Demokratie, die Befürworter der Gewaltdiktatur, die Organisatoren der illegalen Verbände und des Bürgerkrieges, die intellektuellen Mitstahligen der konterrevolutionären Morde, nicht Teilhaber der Regierungsmacht im Reich und in Preußen wurden!

Aber auch ohne parteimäßig abgestimmte Deutschnationale stellt die sozialistische, bürgerliche Regierung Marx eine

Bedrohung für die arbeitenden Massen

dar; denn sie ist eine Regierung, die nur allzu stark in die Abhängigkeit von den großkapitalistischen Interessen geraten ist.

Die Sozialdemokratie hat von jeher die Inflation bekämpft, sie ist mit äußerster Energie für eine energische Finanzpolitik eingetreten. Viel zu spät haben die bürgerlichen Parteien, die jahrelang einen Rück- der Steuererweigerung gebildet haben, diese Notwendigkeit erkannt. Erst als die fortschreitende Zerschneidung auch die kapitalistischen Privatwirtschaften bedrohte, haben sie eingesehen. Jetzt wendet sich die ganze Energie der bürgerlichen Regierung in erster Linie gegen die breiten Massen. Rücksichtslos vollzieht sie die Entlassung der Angestellten und den Abbau der Beamten ohne irgend eine Garantie gegen reaktionäre Willkür. Sie werden zur Zeit der schwersten Krise auf die Straße gesetzt. Die Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Beamten werden zum Teil unter das Existenzminimum gedrückt, die sozialen Unterstützungen auf einen Viertel reduziert. Die neuen Steuerordnungen bringen eine Veranschlagung aller bisherigen Verbrauchsabgaben auf die Lebenshöhe in Gold, die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 25 Prozent. In einer Zeit, wo infolge der Preis der Verbände und der Erstickung der auswärtigen Konkurrenz die deutschen Preise über Weltmarktlänge sind, müssen die Konsumenten für alle Waren, die sie kaufen, 10 bis 15 Prozent des Preises als Steuer zahlen. Dagegen sind Landabgabe und Betriebssteuer zwei Monate vor ihrem Ablauf bereits bereit, sind die Höhe der Erbschaftsteuer ermäßigt worden, während die Einkommen- und Vermögenssteuer in ihren Erträgen schon wegen der Unsicherheit der Bewertung diese Ausfälle nicht kompensieren werden. Dazu kommt, daß durch die gestiegene Steuer der Wohnungsmieten auf die Lebenshöhe eine außerordentliche Belastung der breiten Massen droht, die neben der Arbeiterschaft auch den Mittelstand auf das härteste treffen wird.

Unerbittliche Opposition der Sozialdemokratie muß erst recht das Vordringen der kapitalistischen Schichten hervorgerufen, die Zeit der Krise zur Verstärkung der sozialpolitischen Erregungskraft der Arbeiterklasse auszunutzen und die Verlängerung der Arbeitszeit rücksichtslos durchzusetzen, während Millionen keine Arbeit finden können.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Willkürherrschaft

Die Reichsregierung schaltet den Ermächtigungsausschuß aus.

Der § 1 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes bestimmt, daß vor Erlass der Verordnungen von der Reichsregierung ein Ausschuß von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist. Die Reichsregierung scheint das wenig zu kümmern, denn sie setzt sich jetzt sogar gänzlich über den § 1 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes hinweg, nachdem sie inzwischen bereits mehrfach sich den Mehrheitsbeschlüssen des Ausschusses nicht angeschlossen hat. Sie hat a. B. jetzt den Erlass über die Regelung der Dienstreit der Beamten fertiggestellt und ihn in Kraft treten lassen, ohne den Hinzugehorenschuß auch nur mit einem Wort davon zu unterrichten oder ihn gar zu hören, obwohl das Ermächtigungsgesetz vollkommen klar besagt, daß der Ausschuß zu hören ist. Es handelt sich also nicht um eine Antwortschrift, sondern um einen Beschluß, der die Reichsregierung verpflichtet! Zwar sind wir in Deutschland bereits seit einigen Monaten daran gewöhnt, daß Gesetze beschloffen werden, damit ihre Durchführung nicht erfolgt, oder sie eine Auslegung erfahren, die der Auffassung des Gesetzgebers nicht entspricht, ja daß Recht und Gerechtigkeit überhaupt nicht mehr waltet; aber trotzdem sind wir der Auffassung, daß sich der Reichstag die Gesetzesverletzung einer

Mit der sozialpolitischen Reaktion geht die politische Hand in Hand.

Der Ausnahmezustand, der als Abwehrmaßnahme gegen Ruhr-Bayern ins Leben trat, ist ausschließlich als Waffe gegen die Arbeiterklasse angewandt worden. Mit seiner Dauer steigert sich die Gefahr der Militärdiktatur, wachsen an Zahl und Bedeutung die Eingriffe der Generale in die Zivilverwaltung, wird die verfassungsmäßige Freiheit und Selbstbestimmung des deutschen Volkes selbst zur Ausnahme. Der Befestigung des Ausnahmezustandes widerstreben die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung. Ihre Weigerung bedeutet eine ernste Verschärfung der parlamentarischen Situation, deren Ergebnis die Auflösung des Reichstags, die Befragung der Wähler sein wird.

Auf den

Kampfbau

gilt es deshalb unsere Organisationen, die Arbeit der Partei einzustellen! Früher als sonst müssen diesmal die Vorbereitungen beginnen. Geldentwertung und Krise haben die Zahl der Leser unserer Parteipresse, zum Teil die Mitglieder unserer Organisationen vermindert. Durch intensivierte Arbeit, durch engere mündliche Agitation, besonders auch in den ländlichen Kreisen, muß dieser Zustand weitgemacht werden. Jene Kleinarbeit, die eben in Oesterreich und in England den Sieg gebracht hat, muß auch von uns mit größtem Eifer gepflegt werden. Zugleich müssen

für die Presse neue Leser, für die Organisation neue Mitglieder

gewonnen werden. Mit Genugtuung können wir darauf bezweifeln, daß die letzten Wochen mit ihren stabilen Verhältnissen in vielen Teilen des Reiches unsere Organisation an Einnahmen und Mitgliedschaft, unsere Presse an Abonnenten gestärkt haben.

Die Gegner werden diesmal ihre ganze Finanz- und Wirtschaftskraft einsetzen. Sie gehen aufs Ganze. Sie fordern die Alleinherrschaft zurück, die sie vor dem Kriege ausgeübt haben. Sie wollen auf neue ihre wirtschaftliche und politische Diktatur errichten. Sie wollen die Kosten des Ueberwanges, die Lasten des Ausgleichs mit der Entente auf die breiten Massen abwälzen. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, Herrenrecht in der Fabrik, auf dem Gutshof, im Staat ist ihr Programm. Sie erhoffen seine Verwirklichung, wenn in den Wahlen die Arbeiterschaft, gemurrt durch das Elend des Krieges und der Nachkriegszeit, entmündigt durch die Krise, sich politisch zurückdrängen läßt, wenn die Sozialdemokratie geschwächt wird.

Diese Hoffnung muß zerschanden werden!

Nicht auf Hungerlöhne und Ueberarbeit basierter Export wird die Krise überwinden, sondern Erweiterung des inneren Marktes durch Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen und verbesserte Technik und Organisation, wozu der Achtstundentag zwingt!

Nicht zurück in wirtschaftliche und politische Unterthanenschaft, sondern vorwärts zu freier Selbstregierung in der demokratischen Republik, vorwärts zur Sicherung und Erweiterung des Widerstandsrechts in den Betrieben und den Konzernen.

Für reaktionäre Diktatur und somit Reaktion oder für die Republik, für den Aufstieg der arbeitenden Massen, so ist bei den Wahlen die Entscheidung gestellt. Deshalb, Parteigenossen und Genossinnen, an die Arbeit mit ganzer Kraft und sozialistischer Unerschrockenheit! Sorgt dafür, daß nach dem österreichischen und englischen der deutsche Wahltag zu einem Ehrentag der internationalen Arbeiterbewegung werde!

parlamentarischen Regierung, die von ihm faktisch abhängig ist, nicht gelassen lassen kann. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der in Arbeit und gespannt politischen Lage schon in den nächsten Tagen zusammenzutreten wird, dürfte sich bei dieser Gelegenheit nicht nur mit dem Willkürregiment einzelner Militärs, sondern auch mit der Gesetzesverletzung durch die Reichsregierung beschäftigen.

Auch der Justizminister bricht das Gesetz

Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz beschlossen, um der Regierung die Möglichkeit zu entziehen, gesetzgeberische Maßnahmen mit Hilfe des Art. 48 der Reichsverfassung zu beschließen. Das hat den Reichsjustizminister am 17. Dezember, der zum Führer des Reichs eingeschlagen ist, nicht geschreckt, diesen floren Willen des Reichstags zu mißachten. Er hat unter dem 17. Dezember eine Verordnung über die beschleunigte Aburteilung von Straftaten erlassen, die im Reichsgesetzblatt Nr. 181 vom 22. Dezember veröffentlicht worden ist. Sie ist somit, da sie vorher vollständig geheimgehalten wurde, auch erst nach diesem Tage zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen. Dieses Verhalten des Justizministers ist eine Verletzung des Reichstags und des Ermächtigungsausschusses. Dieser hat am 11. Dezember seine Beratungen begonnen und bis kurz vor Weihnachten ununterbrochen fortgeführt. Herr Emminger hat also die Möglichkeit gehabt, die Verordnung dem Ermächtigungsausschuß